

DIE LINKE.

in Niddatal

Antrag für eine bessere Radweganbindung

Das derzeitige Radwegnetz von Assenheim nach Friedberg-Ossenheim (im Bereich Hofgut Best) ist lückenhaft und Radfahrer:innen müssen die L3187 und die enge Bahnunterführung benutzen. Künftig stehen Baumaßnahmen an der Bahnunterführung und parallel dazu die Sanierung der L3187 an. Damit wäre ein Lückenschluss im Radwegnetz möglich. Hessen hat für Radwege Fördermittel von 23,5 Mio. Euro bereitgestellt. Daraus könnte der Magistrat Mittel abrufen.

DIE LINKE. beantragte, dass mit allen Beteiligten Stellen diesbezüglich Gespräche geführt werden.

DIE LINKE. Wetterau
Usagasse 23, Friedberg
V.i.S.d.P.: Rudi Kreich
homepage: www.die-linke-wetterau.de

August/September 2021

Rückwärtsgang

Die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hat den Rückwärtsgang eingelegt. Die ökologische Mustersiedlung Gollacker wurde gestrichen. Und kürzlich verabschiedeten sich CDU, FDP und Grüne gänzlich von dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

„Alle Fraktionen waren sich einig, dass angesichts der steigenden Mietpreise für sozialen Wohnraum gesorgt werden müsse“, war am 17. Juli in der Wetterau-

er Zeitung zu lesen. Wer aber an der Stadtverordnetenversammlung teilgenommen hat, weiß: Das sind nur Lippenbekenntnisse!

Fortsetzung auf Seite 2



Rückwärtsgang

Eigentlich wird das Problem gar nicht ernst genommen. Zwar entsteht in Niddatal Wohnraum - aber das sind Einfamilienhaussiedlungen, die sich nur gut Verdienende leisten können.

Bezahlbare Mietwohnungen entstehen nicht. Aber vielleicht will man das ja auch gar nicht. Das Klientel von CDU, FDP und Grünen scheint ein anderes zu sein.

Überprüfen wir doch mal die Aussagen der bürgerlichen Koalition aus CDU, FDP und Grünen:

DIE GRÜNEN

„Wir müssen sozialen Wohnraum schaffen aber das sozial verträglich und ins Stadtbild passend“, zitiert die Wetterauer Zeitung (WZ) den Grünen Fraktionsvorsitzenden Oliver Seuss. Aber was will uns der Dichter eigentlich sagen? Inhaltlich kommt in dieser Aussage nichts vor.

Na klar ist sozialer Wohnraum sozial verträglich! Und wie bitte passen die Einfamilienhaussiedlungen mit dem großen Flächenverbrauch ins Stadtbild? Und wieso wenden sich ausgerechnet die Grünen gegen eine Öko-Siedlung wie den Gollacker?

FDP

In ihrer Haushaltsrede wundert sich die FDP, warum bezahlbares Wohnen eine entscheidende soziale Frage sein soll. Während sich die Kreis-FDP in der WZ vorsichtig für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ausspricht, ficht das die FDP Niddatal nicht an. Sie behauptet sogar, der Einsatz von Krediten für sozialen Wohnungsbau sei illegal.

Sie will auch nicht, dass Niddatal der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft beiträgt und hat im Stadtparlament dagegen gestimmt. Den Einstiegsbeitrag zur WoBAu will die FDP sparen. Für was?

CDU

CDU-Fraktionsvorsitzender Einhoff mag keine Quote. 30 Prozent Sozialwohnungen in jedem Neubaugebiet lehnt er ab. Er denkt mit dem Beschluss einer Quote würde sich kein Investor finden lassen, mit dem man gemeinsam die Schaffung eines größeren Wohngebiets angehen könnte (So stand es in der WZ).

Jetzt stellt sich die Frage: Was ist mit dem Gollacker? Das Land Hessen (WI-Bank) wollte als Investor genau das tun: Eine Energie-Plus-Siedlung bauen mit einer Sozialquote von immerhin 25 Prozent für bezahlbaren Wohnraum. Die CDU hat das Projekt abgelehnt und damit verhindert, dass in Niddatal bezahlbare Mietwohnungen neu entstehen. Durch ihre ideologische Brille kann die CDU offensichtlich nur in engen Grenzen denken: Für sie gibt es nur die Möglichkeit privater Investitionen und jemand muss Profit machen. Naturgesetz?

Bürgermeister Hahn (CDU)

Bürgermeister Hahn von der CDU wird in der WZ zitiert: „Wir haben zugegebenermaßen einen großen Investitionsstau auch hinsichtlich sozialem Wohnungsbau. Doch der lässt sich nur auflösen, wenn wir dafür die finanziellen Voraussetzungen schaffen und zwar über die Erschließung neuer Wohngebiete. Mit dem Gewinn können wir dann für sozialen Wohnraum sorgen.“

Wurden denn in der Vergangenheit keine Wohngebiete erschlossen? Wurde Gewinn erzielt? Und wenn: Wurde der Gewinn in sozialen Wohnraum investiert? Noch nicht mal die städtischen Wohnungen konnten mit diesem Gewinn saniert werden.

Niddatal hatte schon immer wenig finanziellen Spielraum. Mit den knappen Mitteln mussten die zahlreichen Aufgaben der Kommune finanziert werden. Der Schwerpunkt wurde vor der rot-roten Koalition nie auf soziales Wohnen gelegt. War da nicht die CDU in der kommunalen 'Regierung'? Noch nie hat sich die CDU um bezahlbare Mietwohnungen gekümmert. Es existiert keine parlamentarische Initiative, kein Antrag, nichts. Und zur Erinnerung: Als CDU, FDP und Grüne damals für den Haushalt verantwortlich waren, lagen die Haushaltszahlen deutlich im Minus!

Nachgefragt

Wie wurden die 100.000 Euro genutzt, die als Finanzeinlage für die kreiseigene WoBau vorgesehen waren?

In der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2021 fand der Antrag, der kreiseigenen WoBau beizutreten, keine Mehrheit.

Als Finanzeinlage waren eigentlich 100.000 Euro kalkuliert. Bürgermeister Hahn wollte diese 100.000 Euro „sinnvoller“ in Sanierungsmaßnahmen der vorhandenen städtischen Wohnungen investieren. Als Beispiel wurden die Wohnungen in Bönstadt angeführt, die noch mit Kohle- und Öl-Einzelöfen geheizt werden. DIE LINKE. fragt nach:

● Wurden die kalkulierten Finanzmittel für den Beitritt zur Wohnbaugesellschaft zwischenzeitlich für Sanierungsaufgaben in den vorhandenen städtischen Wohnungen genutzt?

● Ist zukünftig eine grundlegende Sanierung des städtischen Wohneigentums geplant?

Stand der Sanierungsmaßnahmen Bürgerhaus Ilbenstadt

Für die Sanierung des Bürgerhauses wurden Kosten von ca. 3,5 Mio. geschätzt. Soweit wir wissen, wurde bisher ein Brandgutachten in Auftrag gegeben und dringend nötige Reinigungsarbeiten an den Abwasserleitungen sind erledigt. Wie geht es weiter?

● Sind weitergehende Sanierungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Bürgerhauses in Ilbenstadt geplant?

● Wenn ja, welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden und welche zeitlichen Planungen sind diesbezüglich vorgesehen?

● Ist während der Sanierungsmaßnahmen mit einer zwischenzeitlichen Schließung des Bürgerhauses zu rechnen?

● Ist die Kostenschätzung und der Sanierungsumfang von 2017 noch relevant oder ergeben sich zwischenzeitlich Änderungen?

Am 26. September
ist Bundestagswahl

8 Gründe DIE LINKE zu wählen

1. Kein Niedriglohn!

Die Löhne müssen steigen. Wir wollen einen Mindestlohn von 13 Euro. Leiharbeit, Minijobs und Befristungen drücken die Löhne. Gute Arbeitsverträge mit dem Schutz durch Tarifverträge für alle!

2. Pflegenotstand stoppen!

Wir wollen gute Versorgung mit ausreichend Personal gesetzlich festlegen. Bessere Arbeitsbedingungen und 500 Euro mehr pro Monat: Wer Menschen pflegt, darf nicht weniger verdienen als diejenigen, die Geld verwalten oder mit Aktien handeln!

3. Gleich gute Gesundheitsversorgung für alle - ohne Zuzahlungen und Eigenanteile!

Die Krankenkassenbeiträge steigen nicht, wenn alle, auch die Topverdiener:innen, in eine Kasse einzahlen: In

die LINKE solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung.

4. Wohnen bezahlbar machen!

Immer größere Teile des Einkommens werden von der Miete aufgefressen. Wir streiten für einen Mietstopp und feste Obergrenzen für die Mieten! Jedes Jahr wollen wir 250.000 zusätzliche Sozialwohnungen schaffen.

5. Große Vermögen müssen endlich gerecht besteuert werden.

Dann ist genug Geld da für kleinere Schulklassen und gute Ausstattung, für mehr Personal und bessere Bezahlung in Erziehung, Pflege und im öffentlichen Nahverkehr. Mittlere und kleine Einkommen wollen wir entlasten, indem wir alle Einkommen bis 14.000 Euro steuerfrei machen.

6. Klimagerecht für alle.

Ein gut ausgebauter Nahverkehr für alle und kostenfrei: Das ist gut fürs Klima und gut für die Menschen!

7. Niemand fällt unter 1200 Euro im Monat!

In Rente, Kurzarbeitergeld oder Grundsicherung: Wer weniger als 1200 Euro hat, ist von Armut bedroht. Die Renten müssen steigen. Das geht, wenn alle - auch Beamte, Abgeordnete und Reiche - in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen.

8. Frieden und eine demokratische Gesellschaft.

Wir wollen Waffenexporte verbieten, denn jede Waffe findet ihren Krieg. Wir streiten für eine Gesellschaft, frei von Ausgrenzung und Ausbeutung. Mit gleichen Rechten für alle. Mit einem starken Sozialstaat und guten sozialen Dienstleistungen für alle.